

[Englisch oder türkisch?] Der Breslauer Universitätsprofessor Sillebrandt hat im preußischen Herrenhaus einen Antrag eingebracht, wonach der obligatorische Unterricht in Englisch und Französisch an den höheren Schulen allmählich „abgebaut“ und statt dessen „andere moderne Sprachen“ — gemeint sind nach dem Wortlaut des Antrages vor allem orientalische Sprachen — eingeführt werden sollen. Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vor Pfingsten beschlossen, diesen Antrag der Regierung zur Prüfung zu überweisen. Gegen diesen Antrag wendet sich nun eine Zuschrift, die die Rheinisch-Westfälische Zeitung an leitender Stelle veröffentlicht. Ganz richtig bemerkt diese Zuschrift, daß der Antrag Sillebrandt, wenn er überhaupt einen praktischen Wert haben soll, auf die Türkei und Bulgarien zugeschnitten sei. „Ebensowenig wie das radikale England und sein Anhang“, heißt es darin, „nach dem Kriege den Handelskrieg gegen Deutschland bis aufs Messer durchführen können, ebensowenig werden sich unsere Bundesgenossen trotz aller Verträge so eng an uns anlehnen können, daß wir mit einem Male unsere ganze geistige Bildung von heute ‚neu orientieren‘ müßten. Das werden unsere Bundesgenossen selber kaum von uns verlangen, ebensowenig wie wir ihnen zumuten können, Englisch und Französisch zu verbannen und sich ganz der deutschen Sprache zu widmen, so erfreulich das auch für uns wäre. Englisch ist, um Französisch ganz beiseite zu lassen, auch heute noch die Weltsprache, das heißt das internationale Verständigungsmittel und wird es noch auf lange Zeit hinaus bleiben. Das sind Tatsachen, um die man nicht herumkommt.“ Die Rhein.-Westf. Ztg. läßt nicht einmal den Einwand gelten, daß mit dem Antrag Sillebrandt den Bundesgenossen Deutschlands ein Dienst und eine Freude bereitet werden soll. Mit Recht hebt die Zuschrift hervor, daß die Türkei und Bulgarien mit ihren Bundesgenossen und „Freunden“ so schlimme Erfahrungen gemacht haben, daß sich bei ihnen ein tiefes Mißtrauen gegenüber eingewurzelt hat. „Allmählich muß ihnen durch die Tat gezeigt werden, daß wir ihr Land nicht als Interessensphäre ansehen wollen, aus der nach berücktigten Mustern später nur ein Ausbeutungsgebiet wird, sondern daß wir ihnen wirklich etwas bieten können und wollen. Das aber erfordert viel Geduld und vielleicht noch mehr Tatkraft.“ Der Antrag Sillebrandt jedoch ist nur zu sehr geeignet, bei unseren Bundesgenossen mißverstanden zu werden und den Anschein zu erwecken, als sei es uns in der nächsten Zeit nur darum zu tun, ein Meer von bulgarisch und türkisch sprechenden Kulturbringern heranzuzüchten, das ihre Länder überschwemmen solle. Der Antrag wird als unerbetene Aufmerksamkeit ausgelegt werden, die als Aufdringlichkeit wirken muß.“